Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Volk und Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Beilegeniederlegung 10 Pf.

Nr. 143 | Dresden, Mittwoch den 23. Juni 1926 | 37. Jahrg.

Lehren des Volksentscheids

Terror auf dem Lande — Zusammenbruch der Zentrumsparole

Das Ergebnis des Volksentscheids — 14 441 590 Jastimmen — bleibt um 5½ Millionen Stimmen hinter der gesetzlichen Zahl von 20 Millionen Stimmen zurück, die die Verfassung für die Annahme eines verfassungändernden Gesetzes durch den Volksentscheid vorschreibt. Trotzdem stellt das Ergebnis eine gewaltige Kundgebung einheitlichen Volkswillens dar.

Es sind drei Gesichtspunkte, die bei einer Ueberprüfung des Ergebnisses zunächst ins Auge fallen. Erstens: der Volksentscheid war eine große allgemeine Volksbewegung, die sich nicht nur auf die Angehörigen der Parteien beschränkte, die ihn eingeleitet haben. Zweitens: der Terror der Reaktion hat einen scharfen Gegensatz zwischen vorwiegend städtischen und industriellen Wahlkreisen und vorwiegend ländlichen Wahlkreisen hervorgerufen. Drittens: die politische Parole der Zentrumspartei und die Aufforderung der Bischöfe ist von einem großen Teil der Zentrumswähler nicht befolgt worden.

Zunächst das erste. Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 erhielten Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige Sozialdemokraten zusammen 10 688 974 Stimmen. Beim Volksentscheid wurden 14 441 590 Ja-Stimmen abgegeben, das sind 140 Prozent der Stimmenzahl vom 7. Dezember. Es haben 3 752 634 bürgerliche Wähler beim Volksentscheid mit Ja gestimmt.

Zum zweiten. Als extreme Ergebnisse stehen einander gegenüber die Resultate aus Berlin, Potsdam II, Hamburg und Leipzig einerseits, aus Ostpreußen, Pommern, Oberbayern und Niederbayern anderseits. In den vier großstädtischen Wahlkreisen hat mehr als die Hälfte aller Stimmberechtigten mit Ja gestimmt. In Berlin 66 Proz., Potsdam II 54,4 Proz., Hamburg 52,2 Proz. und Leipzig 51,9 Proz. Ganz anders in den vorwiegend ländlichen Kreisen. Es stimmten mit Ja in Ostpreußen 20,3 Proz., in Pommern 21,8 Proz., in Oberbayern-Schwaben 20,6 Proz. und in Niederbayern-Oberpfalz 12,5 Proz. aller Stimmberechtigten.

Das ist die Folge des Terrors, der in den ländlichen Gebieten mit allen Mitteln ausgeübt werden konnte. Zwar ist auch in diesen vier Wahlkreisen die Zahl der Ja-Stimmen gegenüber den Einzeichnungen zum Volksbegehren erheblich gestiegen, ein andrer Vergleich läßt jedoch auf die Wirksamkeit des Terrors gerade in den ländlichen Wahlkreisen schließen. In Ostpreußen und in Pommern, den Kreisen, in denen die Domäne der Großgrundbesitzer ist, bleibt die Zahl der Ja-Stimmen noch zurück hinter der Zahl der Stimmen, die bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 für Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige abgegeben worden ist:

	Stimmenzahl am 7. Dez.	Ja-Stimmen
Ostpreußen	291 079	268 902
Pommern	276 187	269 454

Unter dem Druck des Terrors sind hier nicht einmal alle Wähler zum Volksentscheid gegangen, die sonst für die drei Parteien gestimmt haben, die sich vornehmlich auf die Arbeiterschaft stützen. Wie viele bürgerliche Wähler mögen die Volksentscheidbewegung hier mit heimlicher Sympathie begleitet haben! Wie würde das Ergebnis gewesen sein, wenn es sich wirklich um eine geheime Volksabstimmung gehandelt hätte, nicht um eine durch den Terror öffentlich gemachte Wahlhandlung!

Das dritte ist die Stellung der Zentrumswähler zu der Parole des Zentrums und der Aufforderung der Bischöfe. Wir geben im folgenden eine Tabelle über fünf Wahlkreise, die Zentrumshochburgen sind. Spalte 1 enthält die Zahl der Stimmen, die am 7. Dezember auf Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige entfiel, Spalte 2 die Zahl der Eintragungen zum Volksbegehren, Spalte 3 die Zahl der Ja-Stimmen beim Volksentscheid.

	1 7. Dezember	2 Volksbegehren	3 Ja-Stimmen
Westfalen-Süd	488 903	586 212	724 471
Köln-Aachen	223 091	353 885	466 172
Koblenz-Trier	82 580	119 056	134 994
Düsseldorf-Ost	370 321	530 740	584 472
Düsseldorf-West	206 400	261 500	359 836
	1 365 996	1 851 873	2 273 945

Es haben also beim Volksentscheid 906 950 Wähler mehr mit Ja gestimmt, als am 7. Dezember für Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige stimmten. Von diesen 900 000 Wählern besteht der größte Teil aus Zentrumsarbeitern, die sich gegen die Haltung ihrer Partei zur Fürstenfrage empörten. Zwischen Volksbegehren und Volksentscheid lag das scharfe Verbot der Zentrumsparteileitung, mit Ja zu stimmen, die Durchführung von Disziplinarverfahren gegen Anhänger des Volksentscheids in der Zentrumspartei, lag der autoritative Befehl der Bischöfe, nicht mit Ja zu stimmen. Trotzdem haben in diesen fünf Wahlkreisen noch 421 572 Wähler mehr mit Ja gestimmt, als sich beim Volksbegehren eingezeichnet hatten.

Das Ergebnis zeigt, daß die Zentrumsarbeiterschaft sich in offener Auflehnung gegen ihre Parteileitung befindet. Es zeigt aber auch, daß die Bischöfe mit ihrem Eingreifen gegen den Volksentscheid ihre Autorität selbst auf das schwerste erschüttert haben.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Zum Schluß noch einen Hinweis zur Würdigung des Gesamtergebnisses. 14 441 590 Stimmen entsprechen 240 Reichstagsmandaten. Eine ernste Mahnung an die bürgerlichen Parteien!

Parolenschusterei

D. Der Volksentscheid hat nicht den erforderlichen zahlenmäßigen Erfolg gebracht. Aber er ist eine gewaltige Niederlage der Reaktionäre und seine innerpolitischen Folgeerscheinungen sind von weittragender Bedeutung. Der Ruck nach links hat durch die Abgabe von 14½ Millionen Ja-Stimmen eine wuchtige Verstärkung erhalten. Die Gegner wissen das und sind deshalb mehr wie kleinlaut. Die Hoffnungen auf eine monarchistische Restauration müssen endgültig zu Grabe getragen werden. Infolge des Drucks der Volksmassen herrscht in allen bürgerlichen Parteien schwerste Verwirrung.

Dieser Erfolg des Volksentscheids ist nur möglich gewesen, weil die Sozialdemokratie den Kampf mit ihrer ganzen Autorität geführt hat. Die Kommunisten mit ihrer hysterischen Aufgeregtheit haben diesen Kampf zwar gestört, aber sie haben ihn doch nicht entscheidend beeinflussen können.

Nun ist die erste Etappe des Kampfes zu Ende und kaum steht man vor der zweiten, viel schwierigeren Etappe der Auseinandersetzung, da beginnen die Kommunisten schon wieder der Reaktion neue Waffen zu liefern. Das Zentralkomitee der KPD. veröffentlicht in der kommunistischen Presse wieder eine lange Sammlung von neuen Parolen. Jetzt soll die Demokratie angeblich versagt haben, es soll nur noch das eine Mittel geben, den Knüppel aus dem Sack zu holen und für die Diktatur, für eine sogenannte „Regierung der Arbeiter und Bauern" zu kämpfen. Es war das einzige Agitationsmaterial der Reaktionspresse, daß sie den Volksentscheid als eine Bolschewistenjache hinstellten. Mit welcher Wonne werden die Reaktionäre die neuen kommunistischen Parolen aufgreifen und wieder so tun, als ob das bedrohte Privateigentum gegen die kommende „zweite Revolution" geschützt werden müßte.

Im Kampf um den Volksentscheid gelang es, die Gegner zu verwirren und durcheinanderzubringen. Die kommunistische Parole müßte, wenn irgendeiner diesen Phrasen folgen würde, die Front der Fürstengegner verwirren. Es würden sofort alle diejenigen abspringen, die in dem Kampf für die Fürstenenteignung einen Kampf um Recht und Billigkeit gesehen haben. Alle die Millionen Volksgenossen, die über das Unrecht empört sind, daß in Deutschland dieselben Parteien, die Sparer und Rentner rücksichtslos enteigneten, den Fürsten jeden Pfennig erhalten wollen, würden selbstverständlich wieder ins reaktionäre Lager überschwenken, wenn der Kampf um die Fürstenabfindung in eine kommunistische Parteisache verwandelt würde.

Wenn in kaum glaublichem Größenwahn der kommunistische Vertreter im Rechtsausschuß des Reichstags glaubt, seine bombastische Erklärung im Namen von 15 Millionen Werktätigen abgeben zu können, dann muß man über so viel Verblendung lachen. Die Erfolge des Volksentscheids sind errungen worden nicht wegen der kommunistischen Agitation, sondern nur trotz dem kommunistischen Geschrei. Auch die neue Parole, die nur zeigt, wieweng die Kommunisten den wirklichen Gang der Dinge verstehen, wieweng sie fähig sind, das organische unaufhaltsame Wachsen des Einflusses der Arbeiterbewegung zu fördern, wie sehr sie nach wie vor im putschistischen Denken befangen sind, wird auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht den geringsten Eindruck machen. Der einzige Erfolg dieser Parolenschusterei ist nur eine Unterstützung der Reaktion.

Die Arbeiterbewegung ist gewachsen und groß geworden im Kampf um die Demokratie. Die Demokratisierung des deutschen Volkes hat durch ihre Arbeit ungeheure Fortschritte gemacht, und eine politische Zukunft wird die Arbeiterbewegung nur dann haben, wenn sie weiter als Hort sozialistischer Gerechtigkeit und als Stütze der politischen Freiheit überall angesehen werden muß. Der Kampf mit dem Knüppel bedeutet dagegen nur Wasser auf die Mühlen der Reaktion.

Unser Agrarprogramm

Vorbereitung und Diskussion

Auf dem Heidelberger Parteitag hat der Referent für das Parteiprogramm, Genosse Dr. Hilferding, u. a. angekündigt, daß diese Plattform unsrer Politik schon auf dem nächsten Parteitag, also zu Ostern 1927, durch ein Agrarprogramm ergänzt werden müsse. Gelingt das, so wird damit endlich ein Ziel erreicht, das die Partei sich schon vor mehr als 30 Jahren, auf dem Breslauer Parteitag von 1895, gesteckt hat.

Die österreichische Bruderpartei ist der reichsdeutschen Sozialdemokratie auf diesem Wege vorausgegangen. Sie hat im Herbst des vergangenen Jahres sich auf ihrem Parteitag ein Agrarprogramm geschaffen. Vorbereitet wurde es durch eine Reihe von Schriften, eine „Agrarsozialistische Bücherei", die von der Agrarsozialistischen Kommission der Partei herausgegeben wurde. Die erste Nummer dieser Sammlung ist ein Buch Otto Bauers*, das die grundsätzlichen Richtlinien für die Agrarpolitik der österreichischen Partei entwickelt. Seine Bedeutung reicht aber über die Grenzen Oesterreichs hinaus. Es hat auch uns reichsdeutschen Sozialdemokraten Wichtiges zu sagen und leistet auch für die Abfassung unsres Agrarprogramms wertvolle Vorarbeit.

Wenn der Anlauf von 1895 bis heute ergebnislos blieb, so lag das vor allem daran, daß die Partei über eine der entscheidenden Fragen der Agrarpolitik noch nicht zur Klarheit gelangt war. Als 1913 ein zweiter Anlauf gemacht und der Parteivorstand vom Parteitag zu Jena beauftragt wurde, eine Kommission zum Studium der Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft einzusetzen — der Krieg hat die Ausführung des Beschlusses verhindert —, da hielt die Partei in der Agrarfrage im Grunde genommen noch auf demselben Fleck wie 1895. Kautskys 1899 erschienenes Buch Die Agrarfrage hatte die These verfochten, daß auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen sei, wenn er ihn auch nicht unbedingt verdrängen müsse, da der Kleinbetrieb sich „durch Ueberarbeit und Unterkonsumtion" der Bauernfamilien zu behaupten, ja unter Umständen auszudehnen vermöge. Dagegen hatte Eduard David in seiner 1903 erschienenen Schrift Sozialismus und Landwirtschaft nachzuweisen unternommen, daß der Kleinbetrieb dem Großbetrieb in der Viehzucht und im Anbau von Gemüse, Handelsgewächsen und Obst überlegen sei; da der Getreidebau, in dem der Großbetrieb produktiver sei, der Konkurrenz der Ueberseeländer nicht standhalten könne, werde der Kleinbetrieb die vorherrschende Form der deutschen Landwirtschaft sein müssen. Die Diskussion über diese Frage ging ein Jahrzehnt weiter; als Artur Schulz den Großgrundbesitz zugunsten des Kleinbesitzes zu zerschlagen empfahl, flammte sie zeitweise auf, führte aber nicht zu irgendeiner Entscheidung der Partei.

Bauer klärt die alte Streitfrage und gibt eine Lösung, die die Vereinigung wesentlicher Gesichtspunkte beider Seiten ist. Es erweist sich, daß Kautskys Lehre grundsätzlich richtig ist, daß sich für die Agrarpolitik indes trotzdem aus den Anschauungen der Kleinbetriebsvertreter wichtige Erkenntnisse ergeben. Bauer zeigt, daß der Kleinbauer für eine Parzelle höheren Preis zahlen kann als der Großgrundbesitzer und Kapitalist, da er über den kapitalistisch richtig errechneten Preis noch eine Selbständigkeitsprämie zugesteht. Ihm ist der Boden mehr wert als dem Kapitalisten, der auf entsprechende Verzinsung sieht. Denn der Acker gibt dem Bauern die Möglichkeit der selbständigen, relativ gesicherten Existenz, bewahrt ihn vor der gefürchteten Unsicherheit und Abhängigkeit des Proletarierdaseins. Dafür nimmt er Mehrarbeit und geringere Lebenshaltung auf sich. Erst wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung diese Unsicherheit der Proletarierexistenz aufhebt, fällt auch die Selbständigkeitsprämie und damit die Ueberzahlung und Ueberschuldung des landwirtschaftlichen Bodens. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird also der Großbetrieb den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft nicht verdrängen können. Sozialdemokratische Gegenwartsarbeit in der Agrarpolitik muß deshalb — ohne den Großbetrieb zu zerschlagen, auf dem die Lage der Landarbeiter nach Kräften zu bessern ist — dahin zielen, die Produktivität der Bauernwirtschaft zu heben, dem Kleinbauern und dem Dorfproletarier bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse zu schaffen. Damit wird auch im Grundsätzlichen die Stellung der Sozialdemokratie zur Siedlungspolitik gerechtfertigt.

So vermag also die reichsdeutsche Partei aus diesem Buche wichtige grundsätzliche Erkenntnis zu gewinnen. Und darin liegt für sie der Hauptwert des Werkes. Aber auch aus dem, was an praktischen Vorschlägen auf die besonderen österreichischen Verhältnisse zugeschnitten ist, wird sie mancherlei Gewinn ziehen können, nicht bloß, weil in einzelnen Teilen des Reiches die Landwirtschaft manches mit der österreichischen gemein hat. Auch wo — wie im größten Teile Deutschlands, im nordbeutschen Flachlande und besonders in Ostelbien, dem ausgesprochenen Lande des Großgrundbesitzes und -betriebes, der in Oesterreich nur eine geringe Rolle spielt —, die Agrarverhältnisse wesentlich andre Züge zeigen als an der Donau und in den Ostalpen, werden die

* „Der Kampf um Wald und Wiese. 1925. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. 245 S. Preis geh. 4,55 M.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260623/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG